

Stiftungsvortrag am 3. Mai 2005

„Die Erweiterung Europas nach Südosten: eine geschichtliche
Wiedervereinigung und die Gestaltung der Zukunft“

Dr. Kemal Derviş
Mitglied des Türkischen Parlaments,
Wirtschaftsminister a.D.

Redemanuskript

Sperrfrist: 3. Mai 2005, 20 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

„Die Erweiterung Europas nach Südosten: eine geschichtliche Wiedervereinigung und die Gestaltung der Zukunft“

Hohen Erwartungen folgten Zweifel und Befürchtungen

Um die Jahrhundertwende wurden in Europa noch Pläne geschmiedet, die Jahre 2004-2005 als eine wahrhaft historische Phase zu feiern. Es sollte zur Wiedervereinigung mit dem größten Teil Osteuropas kommen. Die erweiterte Europäische Union würde sich eine neue Verfassung geben, um damit auf die Erfordernisse und Konsequenzen der Erweiterung zu reagieren und Europa in die Lage zu versetzen, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Der Euro wurde inzwischen erfolgreich eingeführt. Und wengleich die Volkswirtschaften einer Reihe von größeren Staaten in Europa bereits seit Jahren erkennbar schwächeln, konnte der Euro doch trotz dieser anhaltenden Wachstumsschwäche mit einem hohen Maß an berechtigtem Stolz und gepappnet mit neuen Zukunftsplänen in das 21. Jahrhundert eintreten.

In diesem Frühjahr des Jahres 2005 allerdings ist ein verbreitetes Unbehagen in Europa nicht zu übersehen. Es fehlt an Dynamik, und es macht sich eine allgemeine Verunsicherung breit. In drei Wochen wird die Bevölkerung Frankreichs ihr Votum zum Entwurf einer Europäischen Verfassung abgeben. Wenig später sollen die Niederländer folgen. Das Ergebnis muß gegenwärtig als ungewiß bezeichnet werden.

Nachhaltige Zweifel bestehen aber auch in anderen Ländern wie Dänemark, Schweden und der Tschechischen Republik, ja selbst in Österreich und natürlich in Großbritannien. In einigen dieser Länder wird ein Referendum durchgeführt, andere haben sich entschieden, die Verfassung zur Ratifizierung ihrem Parlament vorzulegen. In Deutschland wird es keine Volksbefragung geben, und das Stimmungsbarometer zeigt hier einen besonders starken, pro-europäischen Ausschlag. Keine der maßgebenden politischen Parteien ist gegen die EU oder gegen den Verfassungsentwurf. Nichts desto weniger ist die Europabegeisterung in Deutschland auch nicht mehr das, was sie einmal war.

Zu einer Zeit, die eigentlich durch die Euphorie des Erfolges und durch Festtagslaune hätte geprägt sein können, wird das Projekt Europa nunmehr offensichtlich in Zweifel gezogen. Die Europafahne weht von der Ägäis bis zur Ostsee, von Dublin bis Lissabon – und doch: Enttäuschung und Zukunftsängste scheinen die vorherrschenden Gefühle zu sein.

Erfreulicherweise zeigt sich aber doch von Zeit zu Zeit die Sonne an diesem grauen Himmel. So sagte z. B. vor drei Jahren der Kongreß der Jungen Unternehmer Europas in Istanbul. Man hatte mich gebeten, die Festansprache zu halten. Nach einigen einleitenden Bemerkungen über die Errungenschaften Europas standen zwei junge Frauen aus der zweiten Reihe auf. Die eine ergriff die Hand der anderen und hob sie mit den Worten in die Höhe: „Ich bin Französin, und sie ist Deutsche. In Europa werden wir nun für alle Zeiten zu-

sammen leben.“ Die tausend Teilnehmer im Saal applaudierten mit großer Begeisterung.

Am dritten März war ich zum Parteitag der Sozialistischen Partei Griechenlands, der PASOK, eingeladen, die nun nach fast 20-jähriger Regierungsverantwortung in der Opposition sitzt. In seiner Eröffnungsansprache ging der Parteivorsitzende Yorgo Papandreou hauptsächlich auf Europa und auf die Modernisierung Griechenlands ein und betonte dreimal die große Bedeutung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Griechenland und der Türkei im Rahmen der Europäischen Union. Die neben seiner Mutter in der ersten Reihe sitzende türkische Delegation erhielt sehr viel freundlichen Applaus. Wenige Monate zuvor hatten die Menschen in Istanbul begeistert die griechische Fußballnationalmannschaft und ihre Erfolge bei der EM in Lissabon gefeiert.

Wenn Sie heute zu Gesprächen bei Ministern oder Regierungschefs auf dem Balkan zu Besuch sind, dann fällt Ihnen auf, daß meistens hinter dem Schreibtisch neben den Fahnen der zwei beteiligten Länder auch die Europafahne aufgestellt ist – und dies trotz der Tatsache, daß die meisten dieser Länder noch nicht einmal Beitrittsverhandlungen aufgenommen haben. Warum also sollten wir die Erfolge des Projekts Europa nicht feiern? Warum und woher so viele Zweifel und Sorgen? Warum plagt uns die Befürchtung, die niederländischen und französischen Nachbarn Deutschlands könnten die Verfassung ablehnen? Warum ist die Diskussion über die Zukunft Europas in Paris, in Wien und auch in Stuttgart so sehr durch die Angst vor einer Mitgliedschaft der Türkei geprägt? Und dies trotz der Tatsache, daß diese Mitgliedschaft ja nun schon seit Jahrzehnten geplant ist? Gibt es ein verbindendes Thema, ein durchgehendes Motiv, das in all diesen Ängsten und Sorgen auszumachen wäre?

Alternative Szenarien für die Zukunft Europas

Das zentrale Problem, unter dem Europa gegenwärtig leidet, ist das Fehlen einer klaren Vorstellung von der eigenen Zukunft. Eine solche Vision wäre in der Lage, die fortschrittlichen politischen Kräfte zu bündeln, die Jugend Europas zu faszinieren und den Bürgern Europas das Gefühl einer stärkeren Beteiligung am Aufbau der eigenen Zukunft zu vermitteln. Sie könnte der Politik in Europa Dynamik und Energie verleihen und die Durchführung der schwierigen Strukturreformen in Wirtschaft und Gesellschaft erleichtern, die überall in Europa notwendig sind, damit es wieder mehr Beschäftigung und Wohlstand geben kann. Eine derartige Vision würde den Bürgern in Europa auch ihre Sicherheit zurückgeben, da sie besser verstehen würden, was mit dem Projekt Europa auf sie zukommt. Aus allzu großer Verunsicherung resultieren immer Ängste und Befürchtungen. Es ist eine klare Marschrichtung erforderlich, damit die Menschen erkennen können, wohin die Reise geht. Andererseits verlangt unsere zunehmend globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts natürlich auch von uns allen auf diesem Wege in die Zukunft ständige Wachsamkeit und die Fähigkeit zur laufenden Anpassung. Überkommene Visionen von gestern und „roadmaps“, Straßenkarten, wenn Sie mir dieses Bild erlauben, „roadmaps“, die nicht mehr stimmen und daher in die Irre führen, haben allerdings genau die gegenteilige Wirkung. Sie stiften nur Verwirrung und machen jeglichen Fortschritt unmöglich. Europa braucht eine „roadmap“, wie man heute so ger-

ne sagt, eine Vision, in der sowohl die Realität und die bestehenden Zwänge zum Ausdruck kommen als auch die tatsächlichen Chancen und Gelegenheiten, die sich uns bieten.

Solche Zukunftsperspektiven, die uns tatsächlich nach vorn bringen, werden wir allerdings nur und erst dann entwickeln können, wenn wir mit den in der Vergangenheit verwurzelten Sichtweisen aufräumen, die ohnehin nur Verwirrung stiften und in die falsche Richtung führen.

Erlauben Sie mir, zwei dieser Haltungen anzusprechen, die beide den falschen Weg weisen, da sie Denkmuster der Vergangenheit widerspiegeln und davon leben, die Welt so zu sehen, wie sie einmal vor langer Zeit gewesen ist.

Die erste dieser irreführenden Sichtweisen ist die der so genannten „Souveränisten“ alter Prägung. Sie vertreten eine im Wesen statische Sichtweise, nach der die aus dem 19. und 20. Jahrhundert ererbten Nationalstaaten auch weiterhin unverändert funktionieren sollen. Nach Auffassung der Souveränisten sollten Deutschland, Frankreich und Großbritannien, jedoch auch kleinere Staaten wie Dänemark, Ungarn und Portugal und selbst kleinste Länder wie Estland und Malta auch weiterhin als klassische Nationalstaaten mit ihrer uneingeschränkten Souveränität existieren und agieren. Natürlich sind auch die Souveränisten der Auffassung, diese Staaten könnten und sollten wirtschaftlich zusammenarbeiten, und so haben sie auch keine Einwände gegen den gemeinsamen Markt, wengleich sie eine Ausweitung der Prinzipien des Freihandels auf den Bereich der Dienstleistungen schon als problematischer erachten. Obwohl die Souveränisten den freien Handel in Europa akzeptieren, hat die Europäische Union allerdings ihrer Ansicht nach die zulässigen Grenzen für die Übertragung von Souveränität auf ein größeres Ganzes bereits deutlich überschritten. Sie sind unglücklich angesichts des durch den Euro entstandenen Verlusts an währungspolitischer Selbstbestimmung. John Redwood, ein maßgeblicher Konservativer in Großbritannien erklärte zum Beispiel, eine künftige konservative Regierung würde sich im Falle ihrer Wahl bemühen, über zentrale Elemente der EU-Mitgliedschaft seines Landes neu zu verhandeln, um Großbritannien ein größeres Mitspracherecht in der Einwanderungs- und Sozialpolitik, bei Fragen des Arbeitsmarktes sowie in der Fischereipolitik zu sichern. Dies ist die offizielle Linie der Partei der Tories (ich zitiere nach der New York Times vom Montag, dem 11. April).

Nach Aussage der Souveränisten ist der Nationalstaat in seiner herkömmlichen Form das bleibende, unveränderliche „Atom“ im globalen Universum. Wie in der Vergangenheit sollen die Staaten Bündnisse eingehen und von Zeit zu Zeit auf unterschiedlichen Gebieten zusammenarbeiten, in anderen dagegen konkurrieren – und, ja, mitunter können sie sogar Krieg gegen einander führen. Die Legitimität der Europäischen Union entspringt in dieser Weltsicht einzig und allein aus dem Willen der sie begründenden Nationalstaaten, und es bedarf nicht des zusätzlichen Hinweises, daß die Europäische Union sowohl eine Union von Staaten als auch eine solche von Völkern ist. Der Teil dieser Definition, in dem auf die Bevölkerung Bezug genommen wird, ist eher verdächtig, denn er stellt möglicherweise die alleinige Legitimität der Nationalstaaten selbst, als Hort der Regeln und Gesetze für Europa, in Frage.

Ähnlich argwöhnisch betrachten die Souveränisten die internationalen Organisationen sowie sämtliche Versuche, verbindliche internationale Rechtsnormen

zu entwickeln. Gelten die Vereinten Nationen für sie möglicherweise als ein sinnvolles Forum, in dem die Nationalstaaten eine Reihe von Themen gemeinsam beraten können, so widerstrebt den Souveränisten allerdings jedweder Versuch, den Vereinten Nationen zusätzlichen Einfluß oder zusätzliche Macht zu verleihen oder sie so zu reformieren, daß bestimmte globale Entscheidungsprozesse einfacher und legitimer gestaltet würden. Für diejenigen, deren Weltbild auf rein souveränistischen Grundsätzen aufgebaut ist, erscheint Europa schlicht und einfach als die Summe einer Reihe von Staaten, die sich geographisch in großer Nähe zueinander befinden und die es als sinnvoll erachten, in einer Reihe von vorwiegend wirtschaftlichen Fragen zu kooperieren. Man darf sich nicht wundern, daß eine derartige, „minimalistische“ Sicht der Dinge die meisten Menschen kalt läßt. Derartige Sichtweisen sind keine Visionen, die die Menschen mitreißen und die breite Unterstützung und ehrliche Begeisterung für Europa wecken könnten. Sie erzeugen allenfalls den Verdacht, „Brüssel“ wolle immer mehr Vorrechte und Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten an sich reißen, und so werden alle Gespräche über die Zukunft Europas von einer allgemein negativen Stimmungslage überschattet.

Die Souveränisten weigern sich einfach anzuerkennen, daß die technologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte der Globalisierung eine gewisse Übertragung von Souveränität und bestimmte supra-nationale Führungs- und Entscheidungsstrukturen äußerst wünschenswert und mitunter sogar unverzichtbar werden lassen. Von Umweltfragen über das Problem sozialer Normen bis hin zum Kampf gegen ansteckende Erkrankungen oder die Gefahr der Erschütterung von Finanzmärkten sind kleine und mittlere Nationalstaaten allein meistens machtlos in ihren Bemühungen um die notwendigen Schritte und Ergebnisse. Und darüber hinaus übersehen die Souveränisten natürlich die Tatsache, daß die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu der einen oder anderen Form von verbindlichen und kaum mehr umkehrbaren Regeln führen muß, wenn wir verhindern wollen, daß diese Regeln jederzeit auch wieder ausgesetzt werden, wenn wir verhindern wollen, daß das mühsam geknüpft Netz der Zusammenarbeit einfach wieder aufgetrennt wird, was dann zu den verhängnisvollen Verhaltensmustern der Vergangenheit führen kann, die so häufig unaussprechliches menschliches Leid über unsere Länder gebracht haben.

Erfolgreiche und beständige Zusammenarbeit braucht einfach einen klaren institutionellen Rahmen, wenn sie dauerhaft sein soll und wenn sie vorübergehende Krisen aushalten können soll. Das europäische Projekt, auf das wir uns am Ende des wohl katastrophalsten halben Jahrhunderts in der gesamten Geschichte der Menschheit eingelassen haben, verfolgte ja ausdrücklich das Ziel, die Staaten und Nationen Europas in einem Rahmen zusammen zu führen, in dem sie für immer miteinander verbunden sein sollten, d. h. in einer Union, in der die einzelnen Nationalstaaten einen erheblichen Teil ihrer individuellen Souveränität im Tausch gegen einen Anteil an dieser gemeinsamen europäischen Souveränität aufgeben. Und natürlich im Austausch gegen die Möglichkeit, an der Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union in vollem Umfang beteiligt zu werden.

Die zweite, radikal in die entgegen gesetzte Richtung weisende Vision sieht die Zukunft Europas so, daß die Europäische Union sich zu einer modernen Version des Nationalstaats aus dem 19. Jahrhundert, nur eben in einem größeren, kontinentalen Maßstab weiter entwickeln wird. Dieser europäische „Superstaat“ des 21. Jahrhunderts würde seinerseits die Merkmale der „alten“ Nationalstaa-

ten aufweisen, wozu nicht nur föderale Institutionen, gemeinsame Streitkräfte sowie eine gemeinsame Währungs- und Fiskalpolitik gehören, sondern auch die „Ideologie“, das Selbstbild der alten Nationalstaaten, das auf dem Konzept von Nation und nationaler Identität beruht. Denjenigen, die sich diese Vision von der Zukunft Europas zu Eigen machen, habe ich den Namen „Super-Staaten-Europäer“ verliehen.

Super-Staaten-Europäer neigen dazu, das aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts Gelernte in das 21. Jahrhundert zu projizieren. Für sie sollte die EU, ebenso wie Bismarck die deutschen Einzelstaaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geeint hat, die alten europäischen Nationalstaaten in einer ganz neuen nationalen Entität mit dem Namen Europa zusammenführen. Es ergibt sich aus dieser Analogie ganz natürlich, daß die Super-Staaten-Europäer auch abschließende und definitive Klarheit bezüglich der Grenzen Europas wünschen.

Die Nationalstaaten, die sich in Europa nach und nach herausgebildet haben, nachdem der Westfälische Frieden im Jahre 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendet hatte, diese Nationalstaaten, die ihre Blütezeit im 19. und 20. Jahrhundert erreichten, waren Gebilde, Entitäten mit einem festumrissenen Staatsgebiet. Die meisten dieser Staaten basierten darüber hinaus auch auf einer kulturell-ethnischen Identität, wobei die Sprache oftmals bei der Begründung des nationalen Selbstverständnisses eine ganz entscheidende Rolle spielte.

Die Super-Staaten-Europäer haben sich daher die Aufgabe gestellt, die Kategorien ‚Staatsgebiet‘ und ‚europäische Identität‘ als die beiden tragenden Säulen einer neuen, europäischen „Nationalität“ zu definieren.

Das Problem liegt nun darin, daß wir zwar Lehren aus der Vergangenheit ziehen sollen, daß die Geschichte sich andererseits aber auch nicht einfach wiederholt. Der auf ethnischer Zugehörigkeit und Sprache beruhende Begriff von nationaler Identität alter Prägung ist eindeutig nicht in der Lage, die tragende Definition für das Europa des 21. Jahrhunderts vorzugeben. Im übrigen erweist es sich als äußerst schwierig, Europa auf rein territorialer Grundlage mit eindeutigen und unabänderlichen Grenzen zu definieren.

Das uns aus der Geographie bekannte Europa umfaßt zum Beispiel Baku in Aserbeidschan, Moskau in Rußland sowie die Hälfte der Stadt Istanbul in der Türkei. Das erscheint mir nicht als eine sehr überzeugende oder praktikable Definition. Da eine gemeinsame Identität auf der Basis von Sprache und ethnischer Zugehörigkeit nicht taugt, um den neuen europäischen Superstaat zu definieren, wird nunmehr versucht, von der Religion oder von religiösen Emotionen auszugehen, um einen europäischen Patriotismus zu stärken. Jean Louis Bourlanges, der französische Euro-Parlamentarier, ein führender Konservativer, erklärte vor nicht allzu langer Zeit, es genüge nicht, Christ zu sein, um Europäer sein zu können. Vielmehr müsse man bereits seit 15 Jahrhunderten Christ bzw. eine christliche Nation sein!¹ Derartige Aussagen finde ich besonders beunruhigend. Schließlich war eines der Geschenke der europäischen Aufklärung an die Menschheit doch die Konzeption einer Trennung von Kirche und Staat.

Ein weiteres Merkmal der Vision von einem „Europa als Superstaat“ ist, daß hier versucht wird, mit dem Nationalismus alter Prägung das „Europäische“,

¹ Le Monde, 25. März 2004

die „europäische conditio humana“ immer nur in Abgrenzung und im Gegensatz zu dem „Anderen“ zu definieren. Ein solcher europäischer Nationalismus ist bemüht, Feindbilder und die Erinnerung an Kriege wieder auferstehen zu lassen, die für die „Nation“ oder im Namen „des Glaubens“ ausgetragen wurden. Für einige dieser Neonationalisten bedeutet das „Andere“ in diesem Zusammenhang dann Amerika, und Europa solle sich als Gegengewicht zu der amerikanischen Supermacht definieren. Für andere wiederum sind das „Andere“ die Muslime oder die „Türken“, die vor vielen Jahrhunderten vor Wien standen.

Ich verstehe sehr wohl das Bedürfnis, dem europäischen Projekt ein gewisses Maß an emotionaler Energie einzuhauchen, jedoch bin ich bestürzt angesichts der jüngsten Entwicklungen und der Neigung, diese Energie ausgerechnet in der Erinnerung an und in den Bildern von vergangenen Kriegen zu suchen und Europa lediglich in antagonistischen Kategorien zu betrachten.

Die Super-Staaten-Europäer sind unrealistisch in ihrer Einschätzung dessen, was europäisches Zusammensein bedeutet. Ja, schlimmer noch – verraten sie nicht eigentlich das Wesen dessen, was das europäische Projekt ausmacht? Haben die vorhin erwähnten jungen Frauen aus Deutschland und Frankreich bei dem Kongreß in Istanbul ihre in Freundschaft verschränkten Hände nur deshalb in die Luft gehoben, weil sie ihr Zusammensein in Abgrenzung zu anderen deutlich machen wollten? Oder beinhaltete ihre Geste eine allgemeinere Friedensbotschaft? Gerade in diesem Zusammenhang ist ein Satz aus den Erinnerungen von Jean Monnet besonders aufschlußreich:

„Habe ich deutlich genug betont, daß diese durch uns geschaffene Gemeinschaft natürlich kein Selbstzweck ist? Sie ist selbstredend nur eine Etappe auf dem Wege zu der Welt, so wie sie sich in der Zukunft darbieten wird.“²

Anstatt in die Vergangenheit zurück zu kehren und zu versuchen, eine Art Nationalstaat im Geist des Westfälischen Friedens in größerem Maßstab zu neuem Leben zu erwecken, sollten wir uns diese Worte von Jean Monnet vergegenwärtigen und Europa im Zusammenhang der Herausforderungen sehen, die sich aus der Globalisierung ebenso ergeben wie aus der Notwendigkeit, globale Regeln für demokratische Regierungsformen zu entwickeln, Regeln, die diesen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auch gerecht werden können. Etwas allgemeiner ausgedrückt: Wir sollten in der regionalen Zusammenarbeit und in einer regionalen Übertragung von Souveränität nicht etwa lediglich einen **Ersatz** für die weltumspannende Zusammenarbeit und die Entwicklung globaler Institutionen sehen, sondern vor allem eine **Ergänzung** solcher Bemühungen.

Das Endziel muß in einer Weltordnung liegen, die von weltweiter Zusammenarbeit ausgeht und dafür sorgt, daß Menschen mit sehr unterschiedlichem Hintergrund im Sinne von Kultur, Hautfarbe, Religion und Sprache nicht etwa Angst haben voreinander, sondern sich vielmehr durch diese Vielfalt bereichert fühlen. Eine Weltordnung, die sie zum Aufbau kooperativer Institutionen befähigt, in denen sie gemeinsam an der Lösung der neuen, auf uns zukommenden Probleme arbeiten können. Der Aufbau Europas sollte im Rahmen weltweiter Bemühungen gesehen werden, die Globalisierung in den Griff zu bekommen und weltweit den Frieden zu sichern. Der Aufbau Europas sollte nicht darauf abzielen, eine neue Supermacht zu schaffen, um anderen Super-

² Jean Monnet, Erinnerungen 1976

mächten entgegenzutreten. Wir brauchen in Europa keine Renaissance des Nationalismus (in größerem Maßstab, versteht sich, also vom Einzelstaat jetzt auf die europäische Ebene gehoben), so wie er uns in der Vergangenheit in die Katastrophe geführt hat. Dagegen brauchen wir sehr wohl einen auf das 21. Jahrhundert zugeschnittenen „Europatriotismus“, mit dem die Europäische Union auch Vorbild für andere ist, eine Form der Zusammenarbeit und des Regierens, mit der die Gräben der Vergangenheit überbrückt und Maßstäbe für Freiheit und Wohlstand gesetzt werden können und von der ausgehend eine friedliche Welt geschaffen werden kann. Europa braucht sehr wohl eine zentrale, überzeugende politische Botschaft und auch den emotionalen Schwung, um Schritte nach vorn zu tun. Und doch sollte diese Aufforderung, neue Begeisterung zu entfachen, nicht zu fehlgeleiteten Versuchen Anlaß geben, heute in europäischer Verpackung den Nationalismus von gestern zu neuem Leben zu erwecken.

Die richtige Energie und die richtige Dynamik vermitteln wir den Bürgern Europas mit der Herausforderung, sich in Europa und in der ganzen Welt überall dort an die Spitze zu stellen, wo es um die Entwicklung von flexiblen Formen supra-nationaler Führungs- und Regierungsformen geht, die sich allein für unsere global immer stärker integrierte Welt eignen.

Die Erweiterung Europas nach Südosten

Die Erweiterung Europas nach Südosten und die Einbeziehung der Türkei und des westlichen Balkans wird natürlich sehr unterschiedlich wahrgenommen, je nachdem, im Rahmen welcher der genannten Zukunftsvisionen diese Frage betrachtet wird.

Zunächst gilt es festzuhalten, daß der Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union inzwischen nicht mehr in Zweifel gezogen wird. Der Beitritt dieser beiden Länder ist für den Anfang des Jahres 2007 geplant. Dieser Zeitpunkt wurde inzwischen durch die verschiedenen europäischen Institutionen bestätigt und hängt auch nicht mehr von der weiteren Entwicklung der Europäischen Verfassung ab. Somit wird die Europäische Union in weniger als zwei Jahren ein Zusammenschluß von 27 Ländern sein. Und nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens wird Griechenland nicht mehr das „einsame“ Land im Südosten der Union sein.³

Historisch betrachtet umfaßt Südosteuropa neben Griechenland, Bulgarien und Rumänien weite Landstriche der heutigen Türkei und ebenso die Länder und Staatsgebiete auf dem westlichen Balkan, d. h. Albanien, Mazedonien, Serbien und Montenegro, Bosnien und den Kosovo.⁴ Istanbul, das einstige Byzanz bzw. Konstantinopel, war viele Jahrhunderte lang die politische Hauptstadt Südosteuropas und hat sich sei jeher seinen Rang als größte Stadt und wirtschaftliche Hauptstadt der Region bewahrt.⁵ Istanbul war mit seiner Lage an der Meeren-

³ Auch Zypern lässt sich als südosteuropäisches Land definieren – allerdings liegt Zypern mitten im östlichen Mittelmeer, weit vom Balkan entfernt und damit fast im Nahen Osten.

⁴ Kroatien befindet sich an der Schnittstelle zwischen dem Balkan und Mitteleuropa und wird oftmals als mitteleuropäisches anstatt als südosteuropäisches Land geführt.

⁵ In einer Ansprache vom November 2004 in Marseille, in dem er auch über Europa und die Türkei sprach, erklärte der französische Staatspräsident Jacques Chirac: “ wir alle sind Kinder

ge zwischen Schwarzem Meer und Ägäis bzw. Mittelmeer, mit dem Balkan im Westen und Anatolien im Osten diejenige Stadt, wo man in jener Region zusammen kam und wo Handel und Wandel sich lebendig abspielten. Die moderne Türkei ist ebenso wie Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg zum westlichen Bündnis gestoßen und hatte dadurch bereits sehr früh Kontakt mit „westlichen“ Institutionen wie der NATO und dem Europarat, wenn man das Land mit anderen Staaten in Südosteuropa vergleicht, die dem westlichen Bündnis nicht beigetreten waren. Und die Türkei hat bereits 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft geschlossen. Und schließlich gilt es hervorzuheben, daß die Türkei lange vor denjenigen südosteuropäischen Volkswirtschaften, die aus dem Sowjetsystem oder aus dem früheren Jugoslawien hervorgegangen waren, eine „funktionierende Marktwirtschaft“ entwickelt hat. So war die Türkei (gemeinsam mit Griechenland) all diesen anderen südosteuropäischen Ländern „auf dem Wege zur europäischen Integration“ weit voraus. Und ich sollte auch festhalten, daß die Türkei den Erhebungen von 2005 zufolge ein Pro-Kopf Einkommen aufweist, das sowohl nominal als auch in Kaufkraft ausgedrückt über demjenigen Rumäniens und Bulgariens liegt und natürlich auch das Pro-Kopf Einkommen auf dem westlichen Balkan deutlich übersteigt.

So war die Türkei auf dem Wege zur Europäischen Union den anderen südosteuropäischen Ländern mit Ausnahme Griechenlands eindeutig voraus. Dann jedoch kamen der Fall der Berliner Mauer, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Übergang der Länder in Osteuropa von autoritär geführten politischen Regimen und Volkswirtschaften hin zu Demokratie und Marktwirtschaft. Praktisch ohne zu zögern eröffnete die Europäische Union den Ländern in Mittel- und Osteuropa eindeutige Aussichten auf eine Vollmitgliedschaft. Ganz Mitteleuropa einschließlich der baltischen Staaten im Norden trat im Jahre 2004 der Europäischen Union bei. Rumänien und Bulgarien waren vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht reif für einen Beitritt. Allerdings sollen sie im Jahre 2007 folgen. Um die historische Wiedervereinigung Europas restlos zu vollziehen, wird dann nur noch die Integration der Türkei und des westlichen Balkans in die Union fehlen. Ich spreche bewußt von Wiedervereinigung, da historisch betrachtet der westliche Balkan und die Türkei, ebenso im übrigen wie Rumänien und Bulgarien, eindeutig Länder Südosteuropas sind. Alle Länder in dieser Region gehören zu einem gemeinsamen kulturellen und historischen Raum, was auch in ihrer Architektur, in den Musiktraditionen, den Ernährungsgewohnheiten und der Lebensart zum Ausdruck kommt. Diese Traditionen reichen zurück in das antike Griechenland und das römische und später das oströmische Imperium, bis hin nach Byzanz und zum Osmanischen Reich. Natürlich hat es in dieser langen Geschichte eine außerordentliche ethnische Durchmischung in dieser Region gegeben, und die Mehrheit der Bürger der modernen Türkei haben gemeinsame ethnische Wurzeln mit den Völkern von Mazedonien, Albanien, Bulgarien, Griechenland oder Serbien. In den Dörfern Bosniens hört man im Wesentlichen die gleiche Musik wie in den Dörfern Anatoliens. Und obwohl es sicher zutrifft, daß die Türkei mit Abstand die größte muslimische Gemeinschaft der Region aufweist, gibt es auf dem gesamten Balkan und insbesondere in Bulgarien, Mazedonien, Albanien, Bosnien und im Kosovo, aber auch in Rumänien und Serbien sehr nennenswerte muslimische Gemeinschaften. Südosteuropa stellt daher eine

Byzanz”, womit er wohl die tiefe historische Verankerung Istanbuls als eine der größten Städte Europas ansprechen wollte.

Region dar, in der Christentum und Islam gemeinsam und jeweils sehr nachdrücklich präsent sind – mit einer turbulenten Vergangenheit und unzertrennbar in unserer Gegenwart.

Ich weiß, daß es alles andere als einfach ist, die Europäische Union in diesem Frühjahr 2005, da wir mit größter Sorge und Spannung auf die Ergebnisse der Volksbefragung zur Europäischen Verfassung in Frankreich und anderen Ländern warten, darum zu bitten, ihr Engagement zu Gunsten des gesamten Südosteuropa erneut zu bekräftigen. Und doch argumentiere ich genau in diesem Sinne – unermüdlich, als Türke, als Südosteuropäer und auch als Mitglied einer von der Robert Bosch Stiftung initiierten und geförderten besonderen Internationalen Balkankommission, in der zahlreiche prominente Europäer aus Ost und West mitwirken, wie z. B. der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Die Einbeziehung Südosteuropas in die Union würde zu der „neo-nationalistischen“ Sichtweise von Europa nicht passen, die ich soeben als die Vision von einem neuen „Superstaat“ bezeichnet habe. Sie würde nämlich das Entstehen eines „Euro-Nationalismus“ als Grundlage für die Identität der Union deutlich erschweren. Würde man neben der bereits bestehenden muslimischen Komponente aufgrund der zahlreichen Einwanderer in Westeuropa nun noch eine nennenswerte muslimische Komponente hinzufügen, so würde dies die Definition einer europäischen Identität in religiösen Kategorien erschweren. Und es würde schwieriger werden, das „Andere“ in Abgrenzung zum europäischen „Selbst“ zu definieren.

Allerdings ist ja, wie bereits ausgeführt, diese neo-nationalistische Sichtweise von Europa im Grunde gar nicht sinnstiftend. Würden wir uns im Gegenteil der dritten Vision von Europa anschließen und hier ein Projekt für Frieden und supra-nationale Führung sehen, das der gesamten Welt als Vorbild dienen kann, und bei dem es vom Kern der Aufgabe her darum geht, die Antagonismen der Vergangenheit zu überwinden anstatt neue Feindseligkeiten zu begünstigen, dann würde die Einbeziehung des ganzen Südosteuropa in die Europäische Union nicht nur eine weitere, sehr wichtige, ja historische „Wiedervereinigung“ von West- und Osteuropa darstellen, sondern auch einen grundlegenden Schritt nach vorn bedeuten, was die Sicherheit Europas und der Welt betrifft. Man kann sich nur schwer langfristige politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand in Südosteuropa außerhalb der Europäischen Union vorstellen. Und es wäre für die EU auch keine Alternative, jetzt nur einen Teil dieser Subregion integrieren zu wollen. Daraus würden sich nur neue und künstliche Grenzen in Südosteuropa ergeben, die niemand in den Griff bekommen würde. Wie wollte man argumentieren, die Muslime in Albanien seien Europäer, diejenigen in der Türkei allerdings nicht ... Oder die Türkei trete der EU bei, während Serbien dies nie tun werde ... ?

Dies sind langfristig betrachtet Trennlinien und Differenzierungen, die sich gar nicht halten lassen. Daher muß Europa sich auf den nächsten großen Schritt nach vorn, auf die Einbeziehung seines Südostens einrichten – und zwar trotz aller gegenwärtiger Befürchtungen und Schwierigkeiten.

Wenn wir uns der Frage einer Erweiterung nach Südosten aus dieser regionalen Perspektive annähern, dann bedeutet dies allerdings nicht, daß die gesamte Region zum selben Zeitpunkt der Union beitreten wird. Es bedeutet, daß die

EU sich darauf einrichtet, das gesamte Südosteuropa aufzunehmen. Und es bedeutet, daß alle Länder der Region einen klaren und eindeutigen Zeit- und Wegeplan für ihren Beitritt erhalten. Die tatsächliche Geschwindigkeit des Beitrittsprozesses wird dann aber natürlich davon abhängen, wie die einzelnen Länder sich wirtschaftlich und politisch entwickeln. Die Türkei ist darauf eingerichtet, mit den eigentlichen Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 zu beginnen. Von den anderen Balkanstaaten dürfte Mazedonien am weitesten gediehen sein und könnte im Jahre 2006 die Verhandlungen aufnehmen. Sowohl die Region als auch die Europäische Union selbst brauchen noch eine gewisse Zeit, bis die Beitrittsbedingungen in vollem Umfang erfüllt werden können. Die Europäische Union wird ihre gegenwärtige institutionelle Krise überwinden müssen. In Südosteuropa werden erhebliche wirtschaftliche Fortschritte erzielt werden müssen. Und die politischen Kriterien für den Beitritt werden zunächst noch während einiger Jahre im politischen Alltag angewendet und erfüllt werden müssen. Zweifel und Befürchtungen können wir in diesem Stadium auf keiner Seite brauchen, wir brauchen vielmehr Mut und Entschlossenheit, damit Europa im Bewußtsein seiner Mission und seiner Aufgaben den Weg in das 21. Jahrhundert beschreiten kann.

Im Jahre 2014, einhundert Jahre nach der Katastrophe des ersten Weltkriegs, der Urkatastrophe des letzten Jahrhunderts, die auf dem Balkan ihren Anfang nahm, sollte der Beitritt der Türkei und einiger Länder in Südosteuropa das Signal für eine breit angelegte Wiedervereinigung Europas geben. Bis zum Jahre 2020 sollte diese Wiedervereinigung vollzogen sein, und dann könnte Europa die Welt zu einer neuen Ordnung von Zusammenarbeit und Frieden führen, in der das Zeitalter der Kriege und der Imperien ein für alle Male der Vergangenheit angehören könnte.